
 Heinz O. Vetter

Solidarität mit Solidarność

I.

Große Enttäuschung und tiefe Empörung haben wir – haben alle freie Gewerkschafter dieser Welt empfunden, als uns am 13. Dezember 1981 die Nachricht vom Verbot der Gewerkschaften, von der Internierung der Gewerkschaftsfunktionäre von der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erreichten. Das polnische Militär reagierte damit wie alle Militärdiktaturen, die wir aus Vergangenheit und Gegenwart kennen. Was sich heute in Polen abspielt, hätte sich in Südafrika, in Lateinamerika oder in der Türkei ereignen können – und in den verschiedenen Variationen tut es das ja auch von Tag zu Tag.

Wenn als Rechtfertigung für das Eingreifen des Militärs nachträglich erklärt wurde, daß die „radikalen Töne“ der Delegiertenkonferenz in Radom und auf der Vorstandssitzung der Solidarność in Danzig, die bis wenige Stunden vor dem Ausrufen des Kriegsrechts andauerte, solche drastischen Maßnahmen erforderlich machten, dann kann man solche Erklärungen wohl nicht recht ernst nehmen. Denn um ein ganzes Land in einer Nacht unter militärische Kontrolle zu bringen, bedurfte es einer generalstabsmäßigen Vorbereitung. Und tatsächlich sprechen eine Reihe von Faktoren dafür, daß die Liquidierung der Solidarność von langer Hand vorbereitet war.

Dennoch hofften wir in den ersten Tagen, nach diesem grausamen 13. Dezember, daß Vernunft und Menschlichkeit siegen würden und daß die kollektive Empörung der ganzen Welt die polnischen Militärmachthaber dazu veranlaßt, die Verhafteten wieder freizulassen, Solidarność wieder arbeiten zu lassen. Heute muß man erkennen, daß solche Hoffnung Illusionen waren. Der polnische Alltag spricht eine andere, grausame Sprache.

Wir waren und sind tief betroffen über die groß angelegte Verhaftungswelle, die über die Nacht- und Nebelaktion vom 13. Dezember hinaus bis heute anhält und von der unsere polnischen Kollegen systematisch überrollt werden. Wir sind erschüttert über die brutale Gewalt, mit der Miliz und Militär den immer wieder aufwallenden Widerstand bricht. Wir können nur ahnen, daß die Wirklichkeit noch viel schlimmer ist, als das wenige, das wir trotz Manipulation und Zensur der Informationen noch erfahren.

Nach Erklärungen des polnischen Militärrats werden auch mehr als drei Monate nach Verhängung des Kriegsrechts noch immer etwa 5.000 Mitglieder, Funktionäre und Experten der Solidarność in Lagern und Gefängnissen festgehalten. So sehr der Umfang des Leids durch hohe Ziffern verdeutlicht wird, muß doch ganz klar gesagt werden, daß selbst ein einziger, um seiner Arbeit willen inhaftierter Gewerkschafter, schon einer zu viel ist und für die Mißachtung des Rechts auf freie gewerkschaftliche Betätigung Zeugnis ablegt.

Selbst der Gutgläubigste muß heute bekennen, daß die durch die Streiks und Verhandlungsergebnisse im Sommer 1980 errungenen hoffnungsvollen Ansätze zu einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Polen mit Brachialgewalt des Militärs bei Nacht und Nebel wieder zerstört wurden. Die Vertragspartner auf der Regierungsseite der Abkommen vom Sommer 1980 haben damit gezeigt, daß es ihnen nie ernst war, die Verträge und damit die Bereitschaft, durch Dialog Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft herbeizuführen, einzuhalten.

II.

Der DGB hat von Anfang an alle Bestrebungen zu einer Entspannung zwischen Ost und West begrüßt und unterstützt. Das galt ganz besonders für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik.

Unabhängig davon, wer in Polen und in anderen Ländern Osteuropas herrschte, war es unerträglich, den durch das Deutsche Reich ausgelösten gewaltsamen und grausamen Krieg dauerhaft in kalter Form fortzusetzen. Denn da wurde Politik eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und neben die traditionellen Methoden der „psychologischen Kriegsführung“ trat auf beiden Seiten in immer erschreckenderer Weise das zunehmende Potential nuklearer und herkömmlicher Waffen, die außer ihrem „abschreckenden“ auch einen die europäische Existenz bedrohenden Charakter annahmen.

So wichtig für den DGB die friedenssichernde Funktion der Entspannungspolitik immer war und auch heute noch ist, reicht sie allein doch nicht aus, denn Frieden muß mehr Qualifikationen haben als Waffenruhe oder Abrüstung. Er muß gleichzeitig Faktor sein, um Gesellschaften zu fördern, in denen das aristotelische Prinzip des optimalen Glücks der optimalen Zahl der Bevölkerung verwirklicht wird und das nicht nur in den einzelnen Nationen, sondern auch zwischen den Nationen.

Daran mitzuwirken bewog den DGB dazu, es nicht allein bei Erklärungen zu belassen, sondern eine selbständige aktive Rolle in der Förderung der Entspannungspolitik zu spielen. Wir suchten dazu die Beziehungen zu den Arbeitnehmer-Organisationen in Osteuropa. Dabei war uns immer klar, daß diesen Beziehungen eine all-

gemeine gesellschaftspolitische Funktion zukam. Es konnte nicht darum gehen, im traditionellen Bereich gewerkschaftlicher Funktionen zur Zusammenarbeit zu kommen. Dazu unterschieden sich die Aufgaben der Organisationen in Osteuropa zu sehr von unseren. Anders war auch das Gesellschaftssystem, unter dem sie wirken mußten.

In dieser selbst gewählten Aufgabe waren wir uns immer der Gefahren bewußt, die von beiden Seiten auf uns lauerten: im Westen als leichtgläubige Kollaborateure verkannt zu werden und im Osten für die dortigen Machtinteressen mißbraucht zu werden. Ich meine, daß es uns immer gelungen ist, die westlichen Mißverständnisse und Befürchtungen auszuräumen, weil wir die östlichen Absichten taktisch und politisch beständig abgewiesen haben.

Besonders in den Beziehungen zu den Polen ging es uns in Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung um Aussöhnung mit dem ganzen Volk, das in seiner langen Geschichte immer wieder unter den machtpolitischen Absichten seiner westlichen und östlichen Nachbarn zu leiden hatte, deren grausamste Auswirkungen der 2. Weltkrieg und die Massenvernichtungsaktionen der Nazis mit sich brachten. Darum begleitete ich als Vorsitzender des DGB den damaligen Bundeskanzler 1970 zu den Verhandlungen und zur Unterzeichnung der deutsch-polnischen Verträge nach Warschau. Darum stand ich dabei, als Willy Brandt vor dem Mahmal des jüdischen Ghettos in Warschau kniete.

Wir hatten eine Schuld abzutragen, die im Namen Deutschlands begangen wurde. Aber wir hofften gleichzeitig, daß die Öffnung des polnischen Fensters zum Westen auch zu mehr Liberalität und Demokratie in diesem so oft und schwer geprüften Lande führen wird. So sah gerade der DGB seine Hoffnung bestätigt, als nach den Streiks an der Ostseeküste und in Schlesien im Herbst 1980 aufgrund von Vereinbarungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Regierung eine freie und unabhängige Gewerkschaft, die Solidarność, entstand.

Wir sahen unsere Hoffnung bestätigt, daß auch unter einem kommunistischen Regime die Chance besteht, den Menschen die Freiheit, die sie von ganzen Herzen erstrebten, zu geben. Es kann doch einfach nicht sein, daß Menschen, die frei sein wollen und das immer wieder so nachhaltig demonstriert haben wie gerade die Polen, aus macht- und blockpolitischen Überlegungen gegen ihren Willen unter Zwang leben müssen.

III.

Von Anfang an haben wir unsere uneingeschränkte Sympathie für die betrieblichen Streikkomitees und die aus ihnen hervorgegangene Gewerkschaft Solidar-

ność bekundet. Seit dem Beginn dieser Bewegung hat der DGB enge Kontakte zur Solidarność geknüpft. Von Anfang an aber wurden gerade diese Beziehungen zwischen Solidarność und dem DGB besonders argwöhnisch durch die polnische und die anderen osteuropäischen Regierungen verfolgt.

„Subversive Kontakte“ wurden uns schon angehängt, bevor es überhaupt zum ersten Mal zu einer Begegnung zwischen einem Vertreter des DGB und der Solidarność kam. Das allerdings dauerte lange. Denn obwohl der Vertreter des DGB schon im September 1980 den Antrag auf Erteilung eines Einreisevisums nach Polen gestellt hatte, erhielt er dieses erst Ende Januar 1981, nachdem ich mehrfach öffentlich auf diese Behinderung hingewiesen hatte und da auch nur, weil er gleichzeitig bereit war, die Branchengewerkschaften zu besuchen. Der Vertreter einer Industriegewerkschaft wurde gar des Landes verwiesen, als er – nur im Besitz eines Touristenvisums – Begegnungen mit Vertretern der Solidarność hatte.

Schon anlässlich der ersten Gespräche zwischen Vertretern des DGB und der Solidarność, an denen auch Lech Wałęsa und seine Experten teilnahmen, bestand deshalb auf beiden Seiten Einigkeit darüber, daß beide Organisationen eng zusammenarbeiten wollten, daß die Beziehungen und auch die Unterstützung seitens des DGB, allerdings ohne öffentliches Aufsehen, erfolgen sollte. Auch die führenden Vertreter der Solidarność waren sich des besonderen Charakters des deutsch-polnischen Verhältnisses und des Fortbestehens der Belastungen durch die Vergangenheit voll bewußt.

Entsprechend leisteten wir „stille Hilfe“ und entwickelten enge Kontakte sowohl zur Landesleitung der Solidarność, wie auch zur Region Mazowsze (Warschau und Umgebung). Im Oktober 1981 besuchte der Vorsitzende der Regionalorganisation Mazowsze, Zbigniew Bujak, den DGB-Bundesvorstand. Wir besprachen Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit. Und gerade dabei wurde deutlich, daß Solidarność alles andere war als ein Haufen wilder Spinner, die nur das Negative für Polen wollten.

Das zeigt sich wohl am besten daran, daß auf Wunsch der Kollegen von Solidarność vereinbart wurde, zwei gemeinsame Symposien durchzuführen. Eines über die Rolle von Solidarność und DGB bei der besseren Gestaltung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und eines zu Fragen von Wirtschaftsdemokratie, Arbeiterselbstverwaltung, Mitbestimmung – beides sind Themenbereiche, zu denen die polnische Regierung nach eigenen Erklärungen die Mitwirkung der Solidarność wollte. Davon aber sprach die Regierungspropaganda nicht. Hingegen machte sie aus der Bereitschaft des DGB, der Solidarność ein Tonstudio für Bildungs- und Informationszwecke zu übergeben, die Lieferung eines Solidarność-Senders nach dem Typ von „Radio Freies Europa“.

So sehr wir durch unsere Gespräche mit Funktionären und Experten davon überzeugt waren, daß die Solidarność bereit war, eine positive Rolle in der Wiederbelebung der polnischen Wirtschaft und Gesellschaft zu spielen, so zeigte sich auch immer deutlicher, daß Partei und Regierung trotz oder wegen ihrer eigenen Ohnmacht die Konfrontation suchten. Bestätigt wurde das am 13. Dezember 1981. Die meisten unserer Gesprächspartner sind seit jenem Tage in Haft und einige stehen unter haltlosen Anklagen wie Spionage für die Bundesrepublik; wenige konnten in den Untergrund flüchten. Dazu kann und will der DGB nicht schweigen.

Wir nehmen nicht hin, wenn, in welchem Lande auch immer, das Militär zuschlägt gegen die eigene Bevölkerung. Aber Militär reagiert wohl immer auf die gleiche Weise, wenn es in einem Lande die Macht übernimmt. Stets richten sich die ersten Anordnungen solcher Machthaber gegen die Gewerkschaften. Verhaftungen, Streikverbote, nächtliche Ausgangssperre und andere Maßnahmen, die die Rechte des Volkes und der Arbeiter beschneiden, gehören immer dazu. Wo heute in der Welt Menschenrechte gebrochen und ein Volk unterjocht wird, immer sind es die Gewerkschaftsführer, die als erste gejagt, gefoltert und ermordet werden. Jetzt geschieht das auch in Polen.

Unmittelbar nach Ausrufung des Kriegsrechts haben wir gemeinsam mit dem Europäischen und Internationalen Bund der Gewerkschaften protestiert und die polnische Militärdiktatur vor der Internationalen Arbeitsorganisation des Bruchs der Menschen- und Gewerkschaftsrechte angeklagt. Gleichzeitig übergab der DGB seinen Protest auch dem polnischen Geschäftsträger in der Bundesrepublik: der wies ihn zurück mit der Erklärung, das sei eine Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten. Rollen russische Panzer, ist das sozialistische Bruderhilfe, sagen wir unsere Meinung, ist das Einmischung.

Es ist ein Ammenmärchen, wenn die polnische und sowjetische Propaganda bis heute erklären, Solidarność habe einen Bürgerkrieg vorbereitet. Wie soll man denn mit Fäusten gegen Panzer angehen? 10 Millionen Mitglieder der Solidarność wollten mehr Freiheit. Seit wann stellt die Forderung nach elementaren Menschenrechten eine Gefährdung des Staates dar? Einen Bürgerkrieg beginnt, wer Waffengewalt, wer Panzer gegen Gewerkschaftsfreiheit setzt.

Wenn internationale Solidarität mit unterdrückten Gewerkschaftern eine Einmischung in nationale Angelegenheiten sein soll, dann werden wir uns immer wieder einmischen. Das entspricht bester Tradition der freien Gewerkschaftsbewegung.

Am 30. Januar haben wir zusammen mit den freien Gewerkschaften in der Welt unsere Solidarität mit Solidarność demonstriert. Dieser Tag gab uns aber auch Anlaß, uns auf die Ursprünge totalitärer Herrschaft zu besinnen. Schon am 30. Januar

1933 in Berlin begann der Prozeß, der erst ganz Europa zerstörte, und danach zur Neuverteilung der Herrschaft über Europa führte. Dennoch war es irritierend, gerade nach Ausrufung des Kriegsrechts über Polen immer wieder davon zu hören, daß in Jalta Europa nun einmal aufgeteilt worden wäre, so als sei damit etwas Unabänderliches geschaffen worden, das dann auch noch durch das Schlußdokument der KSZE von Helsinki seine Bestätigung für die Ewigkeit gefunden habe.

Dabei wird aber doch wohl übersehen, daß die Aufteilung von geographischen Beherrschungssphären von Jalta und die Vereinbarungen über die Unantastbarkeit von Grenzen im KSZE-Schlußdokument nicht besagen, daß ein Volk gegen seinen Willen unter einem Gesellschaftssystem leben muß, das ihm nicht die erstrebte Freiheit gibt. Nichts weiter als mehr Freiheit wollte Solidarność. Gleichzeitig aber haben schon die Streikführer in den Vereinbarungen die zur Beendigung der Streiks des Sommers 1980 geführt haben, die Zugehörigkeit Polens zum Warschauer Pakt und die Anerkennung des sozialistischen Systems bestätigt.

Es kann sicherlich nicht geleugnet werden, daß Solidarność in mancher Hinsicht eine schillernde Organisation war. Wie hätte das auch anders sein können? Solange sie die einzige Institution war, die eine andere als die Partei- und Regierungsauffassung präsentierte, zog sie ganz zwangsläufig auch Kräfte aller politischen Richtungen an, die zum Teil auch versuchten, ihrerseits die Politik der Solidarność zu beeinflussen. Darüber hinaus hatte es diese junge Organisation natürlich schwer, eigene Wege und Formen als demokratische Institution zu finden. Die meisten jungen Funktionäre der Solidarność hatten nie zuvor Gelegenheit, sich in Demokratie zu üben. Sie wußten nur eines mit Sicherheit: Eine demokratische, oder wie sie sagten unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft mußte ganz anders aussehen, als all das, was in Polen bis zum Herbst 1980 tägliche Praxis war. So wurden sicherlich anfänglich Formen und Verhaltensweisen erdacht, bei denen auch ein westlicher Demokratieverwalter es schwer hatte zu folgen. Aber nie darf man eben vergessen, daß auch dies Früchte eines Systems waren, das individuelle Freiheiten einfach unterdrückte, aber eben doch nicht in der Lage war, die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit auszulöschen.

Erkennt man all das, so haben die Mitglieder und Funktionäre der Solidarność sich sogar sehr schnell in ihre gesellschaftliche Funktion hineingefunden. Sie waren auch ständig bemüht, die Kräfte, die sie auf eine abenteuerliche politische Bahn führen wollten, zurückzudrängen.

IV.

Partei und Regierung brachten für ihren Bereich sehr viel weniger reformerische Zielstrebigkeit auf. Das zunehmende Mißtrauen im Volke rührte doch nicht allein

daher, daß man die Politik der Vergangenheit nicht mehr wollte, sondern wurde zusätzlich dadurch geschürt, daß Partei und Regierung täglich ihre Ohnmacht demonstrierten, wenn es darum ging, mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen Polens fertig zu werden. Das galt für alle Fragen des täglichen Lebens. Das galt besonders aber auch hinsichtlich ihrer Einstellung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Solidarność. Sie konnten nicht akzeptieren, daß das System den Menschen und Institutionen angepaßt werden muß. Sie kannten es nur umgekehrt. Und das letzte Mittel der Gleichschaltung praktizierten sie dann am 13. Dezember 1981 mit der Ausrufung des Kriegszustandes.

Noch ist die Zeit der Unfreiheit und des Leidens unter dem Terror der Nazis weder in Polen noch bei uns vergessen. Viele Generationen werden beim Anblick der Konzentrationslager erschüttert sein, die Deutsche auf polnischem Boden errichtet haben. Später waren es die Lager Stalins, in die nach Freiheit strebende Polen gesteckt wurden. Um so mehr trifft es uns heute, wenn jetzt von Polen für Polen Internierungslager errichtet werden. Unerträglich ist es für uns, zu erfahren, daß auch einige der wenigen Überlebenden des Warschauer Ghettos wieder zu den Internierten gehören. Genügt es denn nicht, einmal im KZ gelitten zu haben?

Darum hat der DGB der Öffentlichkeit eine Liste von inhaftierten Arbeitern, Funktionären und Experten der Solidarność übergeben. Diese etwa 1.000 Namen, die wir öffentlich nennen, stehen stellvertretend für alle die heute noch Namenlosen, die in polnischer Haft leiden. Wir fordern alle auf, mit uns für ihre Freiheit zu kämpfen, für ihre Befreiung einzutreten. Wir erwarten, daß alle Menschen in Freiheit sich dieser Forderung anschließen werden. „Odnowa“ ist das polnische Wort für Erneuerung, das wir so oft von unseren Kollegen der Solidarność hörten. Wir hoffen, daß es gelingen wird, daß sie alle recht bald wieder frei sind, um einen Gewerkschaftsbund nach den Vorstellungen der polnischen Arbeitnehmer zu gestalten.

So wie wir zu unseren Kollegen der polnischen Gewerkschaft Solidarność stehen, so weisen wir auch jeden Versuch zurück, ihnen Mitschuld an der gegenwärtigen Situation in Polen zuzuschreiben. Die Streiks in Polen waren die Reaktion auf die schlechte Versorgungslage, Mißstände, Korruption und Mißwirtschaft und nicht deren Ursache. Die Wirtschaftskrise in Polen ist die Folge des Wirtschaftssystems und der Untätigkeit der Funktionäre. Die durch Streiks verlorene Arbeitszeit ist nur ein Bruchteil der Zeit, die durch Mißwirtschaft, durch fehlende Ersatzteile, Stromausfall, fehlerhafte Planung oder fehlende Transportmittel vergeudet wurde. Sie steht in keinem Verhältnis zu der Zeit, die die Menschen in Polen vor den Geschäften Schlange stehen müssen, um sich und ihre Familien zu ernähren. Die polnischen Arbeiter sind bereit, genauso hart zu arbeiten wie wir, aber sie wollen nicht Nummer im Plan, Figur auf dem Schachbrett sein, sie wollen mitbestimmen und am Ergebnis ihrer Arbeit teilhaben.

Streikrecht ist ein internationales Grundrecht, das keine Regierung verweigern darf. Auch Polen hat die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, die die Gewerkschaftsrechte garantieren, angenommen und ratifiziert. Darum hat der DGB unmittelbar nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen gemeinsam mit dem IBFG und dem EGB Klage bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf gegen die polnische Regierung wegen Mißachtung dieses von ihr akzeptierten internationalen Übereinkommens erhoben.

Keine polnische Regierung kann aus der damit übernommenen Pflicht entlassen werden. Wir erwarten vielmehr, daß die polnischen Machthaber nun endlich die Untersuchungskommission der Internationalen Arbeitsorganisation in ihr Land lassen, die frei die Situation der Gewerkschaften und unserer Kollegen prüfen soll.

Bei allem Protest gegen die Unterdrückung der Freiheit dürfen wir aber auch nicht vergessen, daß selbst das Überleben der arbeitenden Menschen in Polen nicht mehr gesichert ist. Mit seiner Aktion „Solidarität für Polen“ will der DGB bei der Überwindung der Versorgungsschwierigkeiten helfen. Die Wechselbäder polnischer Geschichte sind zahlreicher, als sie eine einzelne Nation ertragen kann. Sie haben den Charakter der Nation und der Menschen mitgeprägt. Um so erschütternder ist es, wenn man heute hört: „Wir haben schon so viel an Unterdrückung und Zwang mitgemacht, aber hungern wie jetzt brauchten wir noch nie!“

Mit dem Verbot für Gewerkschaften, der Verhaftung von Tausenden von Arbeitern und ihren Gewerkschaftsführern, der Erschießung von Arbeitern wird keines der vielen Probleme in Polen gelöst. Darauf kann keine dauerhafte und stabile Gesellschaftsordnung errichtet werden. Beständige Ordnung gibt es nicht ohne Freiheit. Der in Polen seit Monaten herrschende Ausnahmezustand bringt weder Ordnung noch Freiheit. Er vergrößert nur das Leid der Menschen. Darum erwartet der DGB, gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften:

- die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes;
- die unverzügliche Freilassung aller in Haft befindlicher Gewerkschafter;
- die Wiederaufnahme der Verhandlung zwischen den gewählten Vertretern der polnischen Gewerkschaft Solidarität und der polnischen Regierung;
- die Einhaltung der Abkommen von Danzig, Stettin und Kattowitz.

Denn wir dürfen und werden uns nicht mit dem Unrecht abfinden, das in diesen Tagen in Polen geschieht.